

„Menschenrechte vor unserer Haustür: Warum sind sudanesische Flüchtlinge auf dem Weißekreuzplatz?“

Am Donnerstag, den 31.7.2014, fand in Zusammenarbeit mit dem Pavillon Hannover, den sudanesischen Flüchtlingen des Protestcamps vom Weißekreuzplatz, dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Bezirksbürgermeister Michael Sandow und uns, der Amnesty-Hochschulgruppe Hannover, ein Informationsabend mit anschließender Diskussionsrunde im Pavillon Hannover statt. Im ersten Teil der Veranstaltung wurden die ca. 200 ZuschauerInnen von Alfred Buss – Sudanexperte und langjähriges Amnesty-Mitglied in der Sudan-Koordinationsgruppe – zunächst über die allgemeine Situation und die Menschenrechtslage im Sudan informiert (www.amnesty-sudan.de). Maissara Saeed, einer der sechs Campsprecher und aus dem Sudan stammender Flüchtling, vertiefte die Schilderungen mit seiner Präsentation. Schnell wurde klar, dass die Menschenrechtslage auch in den Regionen, die nicht als Konfliktherde bezeichnet werden, prekär ist. Frauen, die sich nicht konform kleiden, werden zu Prügelstrafe verurteilt, es gibt keine Meinungs- und Pressefreiheit. Der Anschluss an eine oppositionelle Gruppierung oder allein schon der Verdacht führen zu jahrelanger Inhaftierung ohne faire Gerichtsverfahren. Der Präsident al-Bashir steht weltweit als einziges amtierendes Staatsoberhaupt wegen Völkermord auf der Anklageliste des Internationalen Strafgerichtshof. Doch vor allem in den Regionen Blue Nile, Darfur, Süd-Kordofan, Abiyi leiden die Menschen unter dem verheerenden langjährigen Bürgerkrieg. Maissara schilderte auch die Situation der sudanesischen Flüchtlinge in Niedersachsen, dass sie gerne arbeiten würden, sich in den Unterkünften von der Gesellschaft isoliert fühlten und nicht zuletzt ständig der Angst ausgeliefert seien, abgeschoben zu werden. Sigmar Walbrecht vom Flüchtlingsrat Niedersachsen berichtete über die niedrige Anerkennungsquote von Asylanträgen sudanesischer Flüchtlinge in Niedersachsen und über die Problematik der Dublin-III-Verordnung, von denen einige der Flüchtlinge vom Weißekreuzplatz akut bedroht sind. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Niedersachsen einen sechsmonatigen Abschiebestopp verhängen kann, was allen Beteiligten mehr Zeit geben würde, um eine dauerhafte Lösung zu finden.

Ganz persönlich wurde es dann als Baschar Abdolla und Abdeen Abkar ihre Lebensgeschichte erzählten. Durch die grausamen Erlebnisse in ihrer Heimat zur Flucht genötigt, legten die beiden wie so viele andere, einen gefährlichen Weg bis nach Europa zurück. Doch scheint auch hier ihre Sicherheit bedroht – was passiert mit ihnen in ihrer Heimat, wenn sie abgeschoben werden und sie kein Asyl bekommen?

Trotz des Sommerlochs und der Kurzfristigkeit, waren die PolitikerInnen Doris Schröder-Köpf (Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, SPD), Michael Hönsch (Landtagsabgeordneter, SPD), Norbert Gast (stellvertretender Bürgermeister Hannover-Mitte, B'90 die Grünen), Cornelia Kubsch (Stadtbezirksrätin, CDU) und Filiz Polat (Landtagsabgeordnete, Sprecherin für Migration und Flüchtlinge im Landtag, B'90 die Grünen) und ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Braunschweig, Heino Meier, der Einladung von Michael Sandow gefolgt, gemeinsam mit Maissara und Yassir aus dem Camp am runden Tisch zu sitzen. Ein Stuhl blieb frei und durfte von DiskussionsteilnehmerInnen aus dem Saal besetzt werden. Auf die Frage hin, warum Deutschland immer noch ein Land, in dem täglich schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, abschiebe, erklärte Herr Meyer, dass das Asylrecht ein Individualgesetz sei. So käme es bei einer Entscheidung vor allem auf die Glaubhaftigkeit der Betroffenen an. Eine Flüchtlingsberaterin von Kargah e.V. Hannover erwiderte, dass die Flüchtlinge häufig gar nicht die Möglichkeit hätten, die geforderten Papiere zu liefern, die ihre Verfolgung in der Heimat dokumentierten. Diese existierten schlichtweg nicht. Eine junge Sudanessin, dreifache Mutter und Tochter eines bekannten

sudanesischen Oppositionellen, schilderte, dass sie gezwungen waren, sich falsche Pässe zu besorgen, um überhaupt fliehen zu können. Leider wurde das Gespräch darauf gelenkt, dass andere Gremien verantwortlich für die Missstände im Asylverfahren seien. Und somit wurde das Problem immer wieder auf die Bundesebene geschoben, aus der die Asyl- und Einwanderungsgesetze kommen. Die Forderung der Flüchtlinge, §23 des Aufenthaltsgesetzes anzuerkennen, wonach die obersten Landesbehörden wie auch das Bundesinnenministerium im jeweiligen Einvernehmen „bestimmten Gruppen von Ausländern“ aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen, wurde als wenig erfolgversprechend abgetan. Immerhin, PolitikerInnen waren sich an diesem Abend einig, dass sie sich weiterhin für die Flüchtlinge am Weißekreuzplatz einsetzen wollen. Und obwohl die Diskussion zu keiner Lösung führte, zeigt doch die Zahl der Besucher (um die 200!), wie groß das Interesse ist und wie viele Menschen in Hannover sich solidarisch mit den Flüchtlingen zeigen!

Auch die Pause, in der die Campbewohner die Gäste im Camp zu sudanesischem Essen einluden, war ein wichtiges Zeichen der Annäherung.

Lilean, Mascha, Tessa (Amnesty International Hochschulgruppe Hannover)